

Beschluss



Grüne Industriepolitik – Mut zu Veränderungen

Die deutsche Wirtschaft brummt. Die Unternehmen stellen wieder ein. Nach der Rekordrezession 2009 folgte eine Rekorderholung 2010. Auch für 2011 erwarten Experten einen kräftigen Anstieg des BIP und deutlich weniger Arbeitslose als zuvor. Die schwarz-gelbe Koalition baut untätig darauf, dass der Aufschwung anhält, um sich vor dem dringend notwendigen Kurs der Haushaltskonsolidierung drücken zu können. Hauptsache Wachstum, lautet Merkels Rezept.

Doch der Aufschwung ist fragil. Keine Ursache der Weltwirtschaftskrise ist wirklich beseitigt. Die Bankenkrise ist längst nicht überwunden und führt viele europäische Staaten an und über die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit. Folgen der Neuverschuldung für das Gemeinwesen und dabei insbesondere die Kommunen werden von der Regierung unter den Teppich gekehrt. Angesichts der drohenden Wahlniederlage in Baden-Württemberg hat sich selbst Wolfgang Schäuble, sonst Gegner weiterer Steuersenkungen, zu Steuersenkungsversprechungen zu Lasten kommender Generationen hinreißen lassen.

Massive makroökonomische Ungleichgewichte bleiben bestehen: die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bisher nichts getan, um Deutschlands übermäßiger Abhängigkeit vom Export eine Strategie zur Ankerbelegung der Binnennachfrage entgegenzustellen. Für die Bundesregierung ist es offensichtlich zweitrangig, zu welchem Preis der Aufschwung erkaufte wird, etwa durch einen Ausbau der Leiharbeit, vermehrte Niedriglöhne und durch eine allgemeine Lohnzurückhaltung.

Viel zu wenig wurde auch getan, um den ökologischen Umbau voranzutreiben. Die Transformation zu einer emissions- und ressourcenarmen Wirtschaftsweise kommt zu schleppend voran. Die Weltwirtschaft ist weiterhin abhängig vom Erdöl. Dies erweist sich auch angesichts der Veränderungen in der arabischen Welt einmal mehr nicht nur als ökologischer, sondern auch als ökonomischer Fehler. War es bisher schon naiv, auf dauerhaft billiges Öl zu setzen, droht der Ölpreis nun zu explodieren. Tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Konsequenzen wären die Folgen von Nichthandeln. Die Ausbeutung von bisher eher weniger lukrativem Öl und Gas (z.B. Ölsande) hat katastrophale Folgen für die Natur, Menschen vor Ort sowie für das globale Klima..

Das offenbart die entscheidende Schwäche einer Wirtschaftspolitik, die blind auf Wachstum setzt. Wir müssen weg vom Öl. Klimawandel und begrenzte Ressourcen erfordern eine konsequente Strategie der ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft – und zwar jetzt! Natürlich redet auch die Bundesregierung hier und da von den Chancen einer ökologischen Modernisierung. In Wahrheit bremst sie den

Strukturwandel mit der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke auf Jahre hinaus und unterlässt dringend notwendige Zukunftsinvestitionen. Kurzum: Die Industriepolitik von Schwarz-Gelb setzt auf den Status Quo und verpasst die industriepolitische Modernisierung.

Mit dem Grünen New Deal den industriellen Umbau vorantreiben

Mit dem Grünen New Deal haben wir ein Konzept für die ökologische Transformation der Wirtschaft, die Neuregulierung der Finanzmärkte, für einen „neuen sozialen Ausgleich“ in der Gesellschaft und zur Bekämpfung der globalen Armut vorgeschlagen. Der Grüne New Deal ruht dazu auf drei miteinander zusammenhängende Säulen. Die erste Säule zielt auf eine Neuregulierung der entfesselten Finanzmärkte und den Abbau ökonomischer Ungleichgewichte. Die zweite Säule nimmt den ökologisch-sozialen Umbau ins Blick - durch grüne Industriepolitik, den Ausbau erneuerbarer Energien und durch Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Gerechtigkeit. Mit der dritten - der sozialen - Säule kämpfen wir für gute Arbeit, für mehr Verteilungsgerechtigkeit und für die Lösung sozialer Blockaden in unserer Gesellschaft.

Unser Konzept grüner Industriepolitik ist eingebettet in das größere Projekt des Grünen New Deal. Ohne eine ökologische Neuausrichtung der Industrie hin zu einer Ressourcen sparenden Ökonomie auf der Basis von erneuerbaren Energien, wird der Wandel einer Neuausrichtung der Wirtschaft insgesamt nicht gelingen. Zugleich wird eine grüne industrielle Revolution nicht wirklich vorangekommen, solange das Finanzcasino über die Realwirtschaft triumphiert. Und industrieller Wandel braucht soziale Sicherheit und motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn er nicht auf harte Widerstände treffen will.

Künftiger Wohlstand kommt nicht von allein. Deutschland ist ein Industrieland und braucht moderne Industriepolitik. Angesichts des Klimawandels und des Ölpreises stehen wir vor einem gigantischen Umbau unserer Industriegesellschaft hin zu einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise. Wir Grüne wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter beim ökologischen Umbau wird, und dass "Made in Germany" künftig ein Label für modernste, umweltfreundliche Produktion ist. Entscheidend wird sein, wie die deutsche Industrie den Übergang zu einer ressourcen- und emissionsarmen Wirtschaftsweise meistert.

Der künftige Erfolg deutscher Unternehmen hängt von den politischen Weichenstellungen heute ab. Der Bundesregierung mangelt es an Konzepten und an Gestaltungswillen. Mit dem Grünen New Deal und einer grünen Industriepolitik stellen wir Grüne die Weichen auf Morgen - für zukunftsfähige Arbeitsplätze und für ressourceneffizientes, klimafreundliches Wirtschaften.

Industriepolitik für ökologische Modernisierung der gesamten Wirtschaft

Traditionelle Industriepolitik setzt vor allem auf den Erhalt bestehender industrieller Strukturen. Bündnis 90/Die Grünen haben einen anderen Ansatz, der nicht mit Steuergeldern konserviert, was keine

Zukunft hat. Nur wer Ökonomie und Ökologie zusammen denkt, kann die deutsche Industrie zukunftssicher machen. Es reicht nicht, einfach auf ein paar neue Zukunftstechnologien zu setzen. Das allein kann zwar schon viele Jobs schaffen und sichern. Doch die ökologische Modernisierung erfasst die gesamte Wirtschaft. Vom mittelständischen Maschinenbauer bis zum Chemiekonzern sind Material- und Energieeffizienz die großen Zukunftsthemen. Es muss unser Ziel sein, in allen Bereichen die effizientesten und intelligentesten Lösungen zu finden.

Wir Grüne wollen die Strukturen schaffen, die diesem Anspruch genügen. Der Klimawandel wurde von Sir Nicholas Stern zu Recht als größtes Marktversagen aller Zeiten beschrieben. Daraus folgt die Notwendigkeit zum Umbau zur einer klimafreundlichen Wirtschaftsweise, die durch politische Vorgaben und Steuerung vorangetrieben werden muss. Dafür setzen wir auf einen effektiven Ordnungsrahmen. Studien belegen, dass eine konsequente und verbindliche Umweltgesetzgebung kein Hemmschuh für die Wirtschaft ist. Im Gegenteil, sie löst Innovationsdruck aus. Die Ökodesign-Richtlinie auf EU-Ebene ist ein Schritt in diese Richtung, verbindliche Standards zu setzen. Wir wollen, dass Preise die ökologische Wahrheit sagen. Dazu brauchen wir einen Mix aus Ordnungsrecht, marktwirtschaftlichen Instrumenten wie eine ökologische Steuerreform oder CO₂-Zertifikate, aber auch Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher oder der Top-Runner-Ansatz. Wir wollen weiter gehen und einen Mix aus Ordnungsrecht, marktwirtschaftlichen Instrumenten wie eine ökologische Steuerreform oder CO₂-Zertifikate, die für alle Bereiche, auch für den Flugverkehr gelten müssen, aber auch Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher oder der Top-Runner-Ansatz, die dafür sorgen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Eine wichtige Rolle kommt hierbei der öffentlichen Beschaffungs- und Vergabepolitik zu. Gerade hier müssen ökologische und soziale Standards zu harten Entscheidungskriterien werden.

Die Transformation unserer Wirtschaft wird kein Projekt für einige wenige Jahre sein. Umso wichtiger sind verlässliche langfristige Ziele und Rahmensetzungen, die den Unternehmen Sicherheit bei ihren Innovations- und Investitionsentscheidungen geben. Deshalb wollen wir Grüne zum Beispiel in einem Klimaschutzgesetz verbindlich eine Emissionsminderung um 40 Prozent bis 2020 im Verhältnis zu 1990 festschreiben.

Für den ökologischen Umbau gibt es keine „One Size Fits All“ - Lösung. Wir brauchen Umbaustrategien für die einzelnen Sektoren und Branchen mit klaren Zielvorgaben. Die Entwicklung solcher Strategien kann jedoch nur unter Einbeziehung des Wissens der handelnden Akteure – also der Unternehmen, der Gewerkschaften, der IngenieurInnen und der EntwicklerInnen – gelingen.

Bereits heute ist klar, dass ein konsequenter Umwelt- und Klimaschutz den Strukturwandel beschleunigt und Arbeitsplätze schafft. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) steht exemplarisch hierfür. Durch dieses Marktanreizprogramm wurde ein internationaler Leitmarkt geschaffen, der Technologieentwicklung ebenso wie neue Geschäftsmodelle befördert hat. Bis zum Jahr 2020 werden in der Folge

mehr als 400.000 neue Arbeitsplätze entstanden sein.

Grüne Industriepolitik setzt auf Innovationen

Über den unternehmerischen Erfolg entscheidet die Fähigkeit, Innovationen hervorzubringen. Erneuerung ist immer auch die Ablösung des Alten, das sich nicht mehr bewährt hat. Die ökologische Modernisierung setzt auf den Wettbewerb um Innovationen. Wir Grüne fragen uns, wie wir die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft verbessern können. Der Staat ist hier an vielen Stellen gefragt: Er muss Ziele setzen, aber nicht den Weg vorgeben. Er muss weniger bürokratisch agieren, Subventionen abbauen und die Forschungslandschaft verbessern. Ideologische Erhaltungssubventionen zerstören den marktwirtschaftlichen Erneuerungsmechanismus. Deswegen darf es Subventionen nur noch als Anschubhilfe mit degressiver Ausgestaltung geben. Wir wissen auch, dass eine Preisgleichheit auf dem Markt noch keine Chancengleichheit darstellt. Neue Technologien müssen sich wirtschaftlich, politisch und teilweise kulturell durchsetzen. Der Staat muss Wissenstransfer von den Unis und Garagen in die Unternehmen erleichtern, Hürden zur Selbständigkeit abbauen.

Zu den Kernkompetenzen moderner Volkswirtschaften zählt neben Technologie und Talenten auch Toleranz. Innovationen entstehen dort wo kulturelle Vielfalt und Kreativität herrschen. Fachkräftemangel wird zunehmend zu einer Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung und den Innovationsstandort. Wir wollen, dass Deutschland ein attraktiver Standort für kreative Köpfe aus aller Welt wird. Neben Maßnahmen für eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren und Behinderten, notwendigen Investitionen in Bildung und Weiterbildung, der erleichterten Anerkennung ausländischer Abschlüsse bedeutet das auch, die Einwanderung von qualifizierten Fachkräften und Selbstständigen nach Deutschland zu erleichtern. Um gezielt Einwanderung zu erleichtern wollen wir ein Punktesystem einführen und die Mindestgehaltsgrenzen für Hochqualifizierte von derzeit 66.000 auf 40.000 Euro absenken. Die Regierung will nicht verstehen, dass hochqualifizierte Arbeitskräfte in einer dynamischen Wirtschaft nicht nur Arbeitsplätze annehmen, sondern mit ihren Fähigkeiten und ihrer Kreativität auch Jobs schaffen. Die klugen Köpfe stehen jedoch nicht Schlange. Sie machen ihre Entscheidung auch von den sozialen Rahmenbedingungen, Perspektiven ihrer EhepartnerInnen und Bildungschancen ihrer Kinder abhängig.

Die Bundesregierung scheint dazu nicht in der Lage. Die projektbezogene Forschungsförderung erreicht nur einen äußerst geringen Anteil der Unternehmen. In der Regel profitieren Großunternehmen. Sie verfügen über ganze Abteilungen, die Förderprogramme systematisch scannen und mit der Förderbürokratie umzugehen wissen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind damit oft überfordert. Wir Grüne wollen die Innovationskraft von KMU durch eine steuerliche Forschungsförderung gezielt stärken. Unser Konzept beinhaltet eine Steuergutschrift von 15 Prozent für alle nachgewiesenen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen für Personal-, Sach- und Investitionskosten. Gefördert werden alle Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitern.

Zusätzlich brauchen wir Instrumente, um auch die nicht-forschungsintensiven Unternehmen ohne organisatorisch abgegrenzte Forschungsabteilungen in ihrem Innovationsprozess zu erreichen. Denn viele sehr relevante Innovationen erfolgen außerhalb der entsprechenden „Kostenstellen“.

Wir Grüne wollen die Rückstellungen der Atomwirtschaft für die Entsorgung in einen öffentlichen Fonds überführen. Damit stehen ca. 30 Milliarden Euro zur Verfügung, die gezielt in Investitionen für den ökologischen Umbau gelenkt werden können.

Auch fehlender Wettbewerb verhindert Innovationen. Wenn wir innovativ sein wollen, müssen wir in Deutschland Monopolstrukturen abbauen und mehr Wettbewerb schaffen. Wir Grüne wollen ein Entflechtungsgesetz einführen. Die schwarz-gelbe Koalition ist trotz großspuriger Ankündigungen im Koalitionsvertrag nicht in der Lage, ein solches scharfes Schwert der Wettbewerbspolitik zu schaffen.

Grüne Industriepolitik trennt nicht zwischen Industrie und Dienstleistungen

Abschied von der traditionellen Industriepolitik heißt auch, Industrie nicht länger gegen Dienstleistungen auszuspielen. Union, FDP und SPD singen das Hohelied auf die erfolgreiche deutsche Industrie und blicken abschätzig auf das angelsächsische Dienstleistungsmodell. Dahinter steckt strukturkonservative Nostalgie. Die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungen verwischen immer stärker. Die Industriegesellschaft des vergangenen Jahrhunderts verwandelt sich auf der Basis von Wissen, Kultur und Innovation in eine hochkomplexe Dienstleistungsökonomie.

Technisch gute Produkte allein reichen nicht mehr für den Erfolg von Industrieunternehmen. Sie verkaufen immer seltener nur Produkte, sondern immer öfter komplexe Leistungen bestehend aus Produkt und Dienstleistung. Mehrwert entsteht in der Industrie nicht mehr nur durch Bohren, Fräsen oder Löten, sondern braucht ausgeprägte soziale Fähigkeiten. Die Fähigkeit, Akteure zu vernetzen, Projekte und Kooperationen zu managen, gesellschaftliche und kulturelle Trends zu antizipieren und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln wird immer wichtiger. Wir brauchen einen breit gefassten Innovationsbegriff, der technische und nicht-technische Produkt- und Prozessinnovationen umfasst. Um erfolgreich Smartphones oder Tablets zu entwickeln und auf den Markt zu bringen, braucht man nicht nur SoftwareentwicklerInnen, sondern auch Ergonomen und PädagogInnen. Das hat Konsequenzen für die staatliche Forschungsförderung. Wir brauchen deshalb neue Indikatoren für die Innovationskraft von Unternehmen und Volkswirtschaften.

Grüne Industriepolitik schafft gute Arbeit

Uns ist nicht egal, was und wie produziert wird – weder in sozialer noch in ökologischer Hinsicht. Der ökologische Umbau kann nur mit hoch motivierten und gut qualifizierten Beschäftigten gelingen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in den Bereich der erneuerbaren Energien soziale Standards wie einen gerechten Mindestlohn ein.

Gemeinsam mit den Unternehmen und Gewerkschaften wollen wir gute Arbeit schaffen, Arbeit, die nicht krank macht, die den Menschen Zufriedenheit gibt und sie anspornt, die ihnen Raum lässt für Familie, Privatleben, Weiterbildung oder freiwilliges Engagement und sie angemessen entlohnt. Das umfasst viele Maßnahmen: mehr Weiterbildung im Beruf, flexible Arbeitszeitmodelle, zum Beispiel durch die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf oder Beteiligungen am Unternehmensgewinn.

Wir wollen keinen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, sondern um die höchste Qualität und die besten Innovationen. Dazu bedarf es eines Rahmens, der vor Lohndumping und Ausbeutung schützt. Grundlage dafür ist ein flächendeckender Mindestlohn. Darüber liegende branchenspezifische Mindestlöhne schützen nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch die Unternehmen, die ihre Beschäftigten fair bezahlen und nicht mit Billiglöhnen konkurrieren wollen.

Leiharbeit darf kein Instrument sein, mit dem Lohndumping vorangetrieben und andere Standards abgesenkt werden. Die Bedingungen für LeiharbeiterInnen müssen sich deshalb verbessern. Sie müssen vom ersten Tag an wie die Stammbeslegschaft bezahlt und behandelt werden (Equal Pay). Die gesetzliche Ausnahmeregelung per Tarifvertrag, die es erlaubt, von den Arbeits- und Lohnbedingungen des Entleihbetriebs abzuweichen, muss gestrichen werden.

Der Trend sinkender Reallöhne muss gestoppt werden. Die schleppende Binnenkonjunktur ist für die Wirtschaftskrise mitverantwortlich. Deutschland hatte in den letzten zehn Jahren eine im Euroraum weit unterdurchschnittliche Lohnentwicklung. Doch zur Bewältigung der Krise haben gerade die ArbeitnehmerInnen viel beigetragen. Am Aufschwung müssen sie nun mit deutlichen Lohnerhöhungen fair beteiligt werden.

Grüne Industriepolitik braucht Mitbestimmung

Der Strukturwandel, den die ökologische Transformation der Wirtschaft auch bedeutet, kann nur mit, niemals gegen die Beschäftigten gelingen. Deshalb braucht und fördert grüne Industriepolitik Mitbestimmung.

Wir wollen die Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen in den Unternehmen stärken. Die Bildung von Betriebsräten und gewerkschaftlichen Organisationen sind dafür wichtige Voraussetzungen. Die Arbeitnehmerseite sollte in Zukunft bei Entscheidungen über große Unternehmensumstrukturierungen – wie Verkäufen relevanter Unternehmensanteile oder Auslagerungen – mehr mitbestimmen können und rechtlich gestärkt werden. Betriebsräte müssen ein zwingendes Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich erhalten und über den Einsatz von LeiharbeiterInnen mitbestimmen können.

Für alle Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten soll künftig die paritätische Mitbestimmung gelten. Bei 200 bis 1.000 MitarbeiterInnen soll die drittelparitätische Mitbestimmung eingeführt werden.

Wir wollen das „Unternehmensinteresse“ im Aktienrecht konkretisieren. Vorstände und Aufsichtsräte sollen so verpflichtet werden, ihr Handeln nicht nur am „Shareholder Value“, sondern auch an den Arbeitnehmerinteressen sowie den Gemeinwohlinteressen auszurichten.

Die ökologische Modernisierung der Wirtschaft ist nicht abstrakte Theorie. Grüne Politik hat konkrete Vorschläge für das hier und jetzt.

Beispiel: Green Car

Ob Daimler oder Volkswagen auch morgen noch in aller Welt gefragt sind, liegt auch an den Rahmenbedingungen. Das heißt: Sorgen wir mit ehrgeiziger ökologischer Regulierung, umfangreichen Investitionen in Forschung und Entwicklung und Infrastruktur sowie Kaufanreizen dafür, dass Deutschland Leitmarkt für Elektromobilität wird? Oder überlassen wir die Führungsrolle bei dieser Schlüsseltechnologie anderen Ländern, die heute bereits Fahrzeuge kurz vor der Marktreife haben oder mit großzügigen Kaufprämien die Nachfrage fördern? Die schwarz-gelbe Bundesregierung jedenfalls engagiert sich allerhöchstens halbherzig in dieser entscheidenden industriepolitischen Frage. So wurde das neu aufgelegte Programm Elektromobilität in den Haushaltsberatungen einfach um 1,5 Mio. Euro gekürzt. Die Koalition weigert sich, eine Kaufprämie für Elektroautos einzuführen, während auf den wichtigsten Automobilmärkten der Wettbewerb um das beste Elektroauto schon in Gang ist. Fast alle EU-Staaten, die USA, Japan und China haben bereits Kaufprämien aufgelegt.

Elektromobilität ist mehr als Batterietechnik. Es geht um neue Mobilitätskonzepte, die wiederum neue industrielle Produkte beinhalten, aber auch viele soziale und ökonomische Innovationen hervorbringen. Auf diese Fragen wollen wir die Forschungsförderung stärker konzentrieren und neue Ansätze jenseits der reinen Technologieförderung finden. Bei der für Elektroautos nötigen Infrastruktur muss unser Anspruch sein, nicht nur die Ladesäulen zu produzieren und aufzustellen. Der größte Wettbewerbsvorteil wird dann erreicht, wenn deutsche Unternehmen künftig ganze Systeme anbieten für eine intelligente Vernetzung des Elektroautos mit anderen Verkehrsmitteln, mit dem Stromnetz und mit Informationstechnologien, die für Nutzung und Abrechnung erforderlich sind. Viele Unternehmen haben längst erkannt, dass sie sich auf diese Herausforderung strategisch neu ausrichten müssen. So will beispielsweise Bosch zukünftig stärker vernetzte Prozesse managen und sich als Dienstleister positionieren. Wir wollen auch die Wirtschaftspolitik darauf ausrichten.

Eine nachhaltig klimafreundliche Lösung kann die Elektromobilität jedoch ausschließlich dann sein, wenn der Strom für die Elektroautos aus Erneuerbaren Energien kommt. Mit Strom aus Atomkraft oder Kohle bleibt auch das E-Auto eine Dreckschleuder.

Auch beim Verbrennungsmotor setzt die Bundesregierung die falschen Anreize. Sie macht sich zum Anwalt ineffizienter Autos und verspielt die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie. Das zeigt sich exemplarisch bei der Novellierung der Pkw-Energieverbrauchskennzeich-

nungsverordnung. Das Beharren der Bundesregierung auf dem Fahrzeuggewicht als Kriterium für die Effizienzklassen ist absurd: So werden Anreize für die Industrie gesetzt, unnötig schwere Wagen zu entwickeln. Theoretisch könnte ein Bleigewicht unter der Karosserie bewirken, dass ein Wagen in eine bessere Effizienzklasse rutscht. Das ist das Gegenteil guter Innovationspolitik.

Wir fordern eine Verbrauchskennzeichnung für Pkw, die sich am Klimaschutz orientiert, für den Verbraucher leicht verständlich ist und für alle Fahrzeughersteller einen deutlichen Anreiz zur Effizienzsteigerung setzt.

Die Einführung von E10 steht nicht nur für ein beispielloses Kommunikationsdesaster der Bundesregierung und Mineralölwirtschaft, sondern auch für den falschen Ansatz: der ausstehende Beitrag des Individualverkehrs zum Klimaschutz kann nicht mit einer Erhöhung des Ethanol-Anteils im Benzin eingelöst werden.

Mit der Richtlinie für Obergrenzen beim CO₂-Ausstoß hat die EU grundsätzlich ein starkes Instrument in der Hand, um europäische wie außereuropäische Autohersteller zur Herstellung umweltfreundlicher PKW-Flotten anzuhalten – ohne staatlicherseits eine bestimmte Technologie vorzugeben. Die bisherigen Minderungsziele waren jedoch – insbesondere durch die Blockadehaltung Deutschlands – zu niedrig, um die erforderlichen Innovationsprozesse in Gang zu setzen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Instrument weiterzuentwickeln und zu schärfen. Der durchschnittliche CO₂-Grenzwert für PKW soll bis 2020 auf 80 Gramm pro Kilometer abgesenkt sein und 2030 abermals deutlich darunter liegen. Daneben ist es dringend notwendig, alternative Kraftstoffe zu entwickeln, die sowohl CO₂-neutral eingesetzt als auch umwelt- und sozialverträglich hergestellt werden können. Es ist aus heutiger Sicht fraglich, ob Agrotreibstoffe, im großen Stil eingesetzt, diese Kriterien erfüllen. Als ökologisch und sozial vertretbarer Pfad kann hier voraussichtlich unter anderem die Herstellung von Wasserstoff mit Hilfe überschüssiger Wind- und Solarenergie, der direkt in Brennstoffzellen oder Verbrennungsmotoren genutzt werden kann, beschritten werden. Auch eine Einspeisung von "Solarmethan" in die bestehenden Erdgasleitungen und -speicher ist ohne weiteres möglich.

Beispiel: Grüne Rohstoffstrategie und nachhaltige Chemie

Im vergangenen Jahr wurden wir Zeuge gewaltiger Preisanstiege im Bereich nicht-energetischer Rohstoffe, u.a. den Seltenen Erden. Seltene Erden sind Schlüsselrohstoffe für grüne Anwendungen, u.a. bei Windkraftanlagen, Hybridmotoren und energieeffizienten Beleuchtungssystemen. Die Bundesregierung setzt darauf, mehr von den knappen Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft zu sichern. Ihre politischen Einflussmöglichkeiten auf handelspolitische Maßnahmen zur Liberalisierung der Märkte und zum Abbau von Handelshemmnissen sind aber sehr begrenzt. Für uns Grüne ist zudem klar: Aus einem übermäßigen Verbrauch von Ressourcen in der Vergangenheit folgt heute kein Recht auf überproportionalen Zugang zu Ressourcen. Die Zeiten, in denen die Industrieländer sich 80 Prozent der

globalen Ressourcen aneignen konnten, sind unwiderruflich vorbei.

Wir setzen auf deutsche Ingenieurskunst und Innovation. Die Potentiale einer Effizienzstrategie sind enorm. Müllhalden und Haushalte sind riesige Rohstofflager, die wir erschließen wollen. Alleine in Europa werden lediglich 40 Prozent des Elektronikschrotts recycelt, der Rest landet im Müll oder wird in Entwicklungsländer verschifft. Für Seltene Erden gibt es bisher so gut wie kein Recycling, obwohl Europa zu den weltgrößten Importeuren und Konsumenten zählt.

Mit einem klaren wirtschaftspolitischen Fokus auf Innovationen im Bereich Recycling, Einsparung und Substitution können wir unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren. Zugleich können wir so Schlüsseltechnologien entwickeln, die uns zum weltweiten Leitmarkt für einen effizienten Rohstoffeinsatz werden lassen. Doch bis dahin ist es ein weiter Weg. Nur mit einer umfassenden und ambitionierten grünen Rohstoffstrategie kann ein Leitmarkt entstehen. Dazu gehören etwa ordnungsrechtliche Vorgaben wie die Ökodesign-Richtlinie und Änderungen im Kreislaufwirtschafts- und -abfallgesetz sowie ein breites Spektrum an projektbezogener Forschungsförderung von der Grundlagenforschung bis zur Förderung von Pilotanlagen und Finanzierungsinstrumenten.

Das Potential von Rohstoff- und Materialeffizienz zeigt sich exemplarisch in der Chemiebranche als Leitbranche. Hier machen die Materialkosten fast 40 Prozent der Gesamtkosten eines Betriebes aus, die Personalkosten dagegen nur rund 16 Prozent. Die Kostensenkungsstrategien der letzten Jahre waren recht einseitig auf den Faktor Personal konzentriert. Dagegen verschenken viele Kleine und Mittelständische Unternehmen noch immer die Chancen, die in einer effizienteren Nutzung des Faktors Material liegen: Die Einsparung von Energie, Rohstoffen und Material erhöht die Produktivität. Dies steigert die Wettbewerbsfähigkeit gerade gegenüber Volkswirtschaften, die zwar niedrigere Lohnkosten, aber nicht das technische und managementorientierte Innovationspotenzial unserer Volkswirtschaft haben.

Als ressourcenintensive Industrie steht die Chemie vor der Herausforderung, ihre Abhängigkeit vom Öl und anderen Grundstoffen mit modernen Produktionsverfahren und Technologien zu mindern. Das ist ökologisch zwingend, aber auch ökonomisch sinnvoll angesichts steigender Rohstoffpreise und einer Klimapolitik, die Umweltverschmutzung einen Preis gibt. Hinzu kommt: Der Strukturwandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft kann ohne die chemische Industrie nicht gelingen. Im Hinblick auf Fortschritte bei Energie- und Ressourceneinsparung bergen Methoden der weißen Biotechnologie oder der Nanotechnologie große Potentiale. Doch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden auch weiter im Sinne einer nachhaltigen Technikfolgenabschätzung die unstrittigen Risiken benennen. Mit einer angemessenen begleitenden Risikoforschung wollen wir politische Handlungsempfehlungen für die verträgliche Nutzung dieser Potentiale sichern. Für uns Grüne steht fest: Die Chemie ist eine Schlüsselbranche für die Strategie der ökologischen Modernisierung unserer Wirtschaft.

Beispiel: Maschinen- und Anlagenbau ergrünt

Der Maschinen- und Anlagenbau gehört zu den wichtigsten Innovationstreibern für Energieeffizienz in der Industrie. 55 Prozent der gesamten Investitionen in der Industrie entfallen auf Produkte aus dem Maschinen- und Anlagenbau. Für den Maschinenbau gilt in besonderer Weise: Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben. Ressourceneffizienz ist ein zentraler Differenzierungsfaktor im Wettbewerb. Bei der Neuanschaffung einer Maschine sind die Lebenszyklus-Kosten zunehmend das entscheidende Kriterium. Grüne Ordnungspolitik setzt die notwendigen Anreize für Innovationen zur Optimierung von Verfahren, Systemsteuerung und Konstruktion und unterstützt die Forschung in diesen Bereichen. Zusätzliche Einsparungen müssen in der Anwendung der Maschinen erreicht werden.

Der Schlüssel zu einer nachhaltigeren Maschinenbauindustrie liegt in der stetigen Steigerung der Effizienz in Hinblick auf Energie-, Kraftstoff- und Materialverbrauch. Deutsche Unternehmen sind hier oft schon besser als internationale Wettbewerber. Dennoch besteht noch großer Handlungsbedarf, vor allem was konsistente Maßnahmen zur Verringerung des Material- und Rohstoffverbrauchs angeht. Klar definierte Ziele und Kennzahlen zur Verringerung des Material- und Rohstoffverbrauchs pro Produktionseinheit und zur Steigerung der Kraftstoff- und Energieeffizienz finden sich hingegen noch kaum in der Branche. Ein Weg ist die Erfassung des Material- und Rohstoffverbrauchs für Schlüsselprodukte über Umweltprodukterklärungen.

Die Nachrüstbarkeit und Wiederverwendbarkeit von Produkten durch Demontage und Rückgewinnung einzelner Module oder Komponenten eines Produktes ist ein weiterer wichtiger Aspekt im Rahmen einer ökologischen Modernisierungsstrategie. Mit Ökodesignvorschriften und Forschungsförderung wollen wir die Wiederverwendbarkeit steigern. Motoren generell und insbesondere Dieselmotoren sind im Maschinen- und Anlagenbau von elementarer Bedeutung, da hier entweder selbst Motoren hergestellt oder diese in ihre Endprodukte eingebaut werden. Hier bedarf es größerer Anstrengungen zur Emissionsreduktion. Neue Motoren auf Basis regenerativer Antriebe bieten Lösungen.

Fazit

Deutschland ist ein Industrieland. Damit das so bleibt, braucht Deutschland eine moderne, eine grüne Industriepolitik. Der Blaumann muss grün werden. Für diese grüne Effizienzrevolution bauen wir auf die klassische Stärke der deutschen Wirtschaft: die Fähigkeit zur Wertschöpfung durch Innovation. „Made in Germany“ steht heute für beste Qualität. Wir wollen, dass „Made in Germany“ zukünftig genauso für umweltfreundliche und ressourceneffiziente Produktion steht. Beide werden in Zukunft wesentliche Kriterien für Qualität sein. Dafür setzen wir auf einen Ordnungsrahmen, der Anreize für klimaschonende und materialeffiziente Produkte, Produktion und Dienstleistungen setzt, verbunden mit einer innovationsfreundlichen Forschungsförderung.